

A XIX. század utolsó harmada a villamos gépípar velejárójaként a villamos világítást is meghozta. E téren is gazdag anyag áll a Múzeum rendelkezésére. Az elektromos világítást megelőző korábbi világítási módokat is be tudjuk mutatni. Gazdag gázlámpa gyűjteményünk van. A villamos világítással kapcsolatosan nemcsak a szénszálas izzóink vannak, hanem a villamos világítás - technikai fejlődésében ma már alig ismert, de akkoriban nagy jelentős szerepet játszó Nerrast-lámpáink is vannak.

Közismert, hogy a wolfram-szálas izzó Budapestről indult világhódító útjára, az Egyesült Izzóból. A wolfram szálas izzólámpáknak az eredeti kísérleti példányai az ugynevezett Just-féle kísérleti égők is a Budapesti Történeti Múzeum gyűjteményében található. A wolframmal párhuzamosan futó egyéb fémszálas izzó lámpáknak is elég gazdag gyűjteményével rendelkezünk.

A vákuum technika egyéb jellegű termékei is megtalálhatóak Múzeumunkban. Az Adócsógyár, mely a közelmúltban rendezte meg az "Ötven éves a magyar rádiócső gyártás" című kiállítását, ennek az anyagát zömében a BTM raktárából kölcsönözte. Gazdagon állnak rendelkezésünkre bárium csövek is, melyek szintén az Egyesült Izzó termékei. Ezek tették lehetővé a tömeges rádiózást az 1920-as, 1930-as években. A rádiók legkülönbözőbb típusai is megtalálhatóak a gyűjteményünkben.

Az Egyesült Izzó az 1930-as években radar rezgéskeltő csövekkel is folytatott kísérleteket, sőt ilyen jellegű termékeket elő is állított a második világháború alatt. Ilyen radar rezgéskeltő csövünk jelenleg a "Budapest ezer éve" című kiállításunkon tekinthető meg.

A századforduló táján jelentős szerepet vívott ki magának a műszerípar. Ennek a termékei is fellelhetők gyűjteményünkben.

Az előadásban szereplő időszak életmódjával kapcsolatosan is tekintélyes anyag áll rendelkezésünkre, ruházat, háztartási, használati cikkek, órák, butorok formájában. A városi fejlődéshez hozzátartozik a közmű fejlődés is, ami annak elsődleges velejárója. Ezen a téren is jelentős anyaggal rendelkezik a Budapesti Történeti Múzeum. A vízművek fejlődésére elsősorban tervrajzok állnak rendelkezésünkre. A gázművek fejlődése termékekben is megmutatkozik. A közlekedés fejlődést részint tárgyi, részint igen gazdag fényképanyaggal tudjuk bemutatni.

Prof. CZEIKE (Wien):

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Wiens ist - wie die jeder grossen Stadt - abhängig von der Beteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen am öffentlichen Leben und damit an den wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Unter diesem Gesichtspunkt wird das in der jeweiligen Periode geltende Wahlrecht zu einem entscheidenden Kriterium. Vor hundert Jahren galt in Wien ein Kurienwahlrecht, das nur einer vermögenden oder beruflich qualifizierten Oberschichte massgeblichen Einfluss sicherte. Nur etwa vier Prozent der Bevölkerung, ausschliesslich Männer, besaßen damals das aktive Wahlrecht. Die Macht lag in der Hand der Liberalen. Wohl gelang es in den achtziger Jahren der christlich-sozialen Opposition, die Basis etwas zu verbreitern und damit dem Kleinbürgertum politische Rechte zu verschaffen, aber zu einer weiteren Demokratisierung kam es nicht; die Einführung eines vierten Wahlkörpers um die Jahrhundertwende gleicht mehr einem politischen Alibi.

Im Jahre 1873, dem Beginn unserer Betrachtung, stehen wie auf dem Höhepunkt der liberalen Ära. Als nach Revolution und Neoabsolutismus 1861 durch das Februarpatent endlich die verfassungsmässigen Grundlagen für eine Neuwahl des Gemeinderates geschaffen wurden, entwickelte sich dieser zu einer Domäne der liberalen Partei, wobei das "rückwärtslose Streben des einzelnen nach Befreiung von allen Bindungen" sowie das Prinzip des "freien Spiels der Kräfte" und die Fixierung der "Selbstverantwortlichkeit" des einzelnen für sein Schicksal für die sich allmählich bildenden Parteirichtungen eine gemeinsame Grundlage bildeten. Im speziellen vertraten die Mitglieder der führenden "Mittelpartei" und einige ebenfalls rechts stehende Radikale das Grosskapital, die Äusserste Linke hielt an den Idealen von 1848 fest, und die Demokraten, denen sich zunächst auch Lueger

anschluss, vertraten die Interessen des Mittelstandes; sie allein nahmen eine etwas positivere Haltung gegenüber der Arbeiterbewegung ein und standen einer Erweiterung des Wahlrechts wohlwollend gegenüber. Die für die Wirtschafts- und Kommunalpolitik massgebende Gruppe war allerdings die "Mittelpartei", die bis in die achtziger Jahre stark genug war, alle Bürgermeister aus ihren Reihen zu stellen.

Das Wirtschaftskonzept der auf Grossbürgertum und Industrie gestützten Liberalen führte sehr bald zu starker politischer Opposition. Diese stellte sich vor allem gegen das liberale System des unbeschränkten Wettbewerbs, gegen den wirtschaftlichen Existenzkampf in individueller Form und gegen die das Wohl der Allgemeinheit missachtenden liberalen Prinzipien. Die Überhitzung der Konjunktur führte jedenfalls 1873 zu Wirtschaftskrise und Börsenkrach.

Wie wirkte sich die Grundhaltung der Liberalen auf die Kommunalpolitik aus? Auf dem Gebiet der Finanzpolitik suchten die Stadtväter durch ein möglichst kleines Budget und die Schonung privaten Vermögens die Bildung neuen Kapitals zu fördern. Die Steuern - unter denen sich keine städtischen befanden - hielt man deshalb niedrig, weil man die privaten Investitionen nicht beschränken wollte. Ebenso hielt man den Konsum niedrig, weil man nach den damaligen Anschauungen in einer Ausweitung desselben eine Gefahr für die Kapitalbildung erblickte. Die Wirtschaftstheorien scheiterten in der Praxis daran, dass die Budgets nicht ausgeglichen werden konnten.

Den Kampf um die wirtschaftliche Abwicklung der Stadterweiterung von 1857 hatte der Staat für sich entschieden. Die Gemeinde konnte aus ihr keinen Nutzen ziehen - im Gegenteil: die grossen Arbeitsvorhaben verschärfen die Situation beträchtlich. Die Einnahmen konnten mit den Ausgaben nicht Schritt halten. Als man sich zur Aufnahme von Anleihen entschloss, war man von einer Sanierung weit entfernt. Zudem litten die 1866 und 1873 aufgelegten Anleihen unter der Ungunst der Verhältnisse. Man hatte 126 Millionen Gulden benötigt, musste das Programm jedoch auf 65 Millionen reduzieren. Dazu eine Vergleichszahl: 1866 verfügte die Gemeinde im ordentlichen Budget über Einnahmen von 7 Millionen Gulden. Die Finanzierung mittels Anleihen entsprach keiner zufälligen Entscheidung; man wollte grundsätzlich Investitionen, die das Vermögen der Stadt erhöhten, nicht der jeweils lebenden Generation allein aufbürden. Damit beginnt in Wien eine unheilvolle Entwicklung, die in den nächsten fünf Jahrzehnten zu einer unverantwortbaren Überschuldung führte. Die Anleihen wurden zum Teil für Projekte verwandt, die man aus den laufenden Einnahmen nicht hätte verwirklichen können; dazu gehören die erste Hochquellenwasserleitung, die Donauregulierung (für die noch eine zusätzliche Anleihe benötigt wurde), der Zentralfriedhof, aber auch der Bau des Rathauses, von Markthallen, Schulen und Weltausstellungsbauten. Einige der letztgenannten Objekte hatten anders finanziert werden müssen.

Die Wirtschaftspolitik forderte seit der Mitte der siebziger Jahre eine sich verstärkende Opposition heraus. Während der Zusammenschluss der Arbeiterschaft infolge äusserer Widerstände noch in weiter Ferne lag, gelang es dem Kleinbürgertum, sich als "zweite Kraft" gegen den liberalen Block zu formieren. 1895 erlangte die Christlichsoziale Partei die Mehrheit im Gemeinderat, seit 1896 stellte sie auch den Bürgermeister. Es war seit 1897 Dr. Karl Lueger, dessen Amtszeit prinzipiell neue wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte aufweist. Nicht in allen Belangen deckten sich die Massnahmen des verwaltenden Lueger mit den Forderungen des oppositionellen Lueger. Aber auf dem Wirtschaftssektor blieb er konsequent. Ohne Hemmungen nahm er den Kampf gegen das Grosskapital auf und suchte die Stadt Wien vor allem auf den Gebieten der Energieversorgung und des innerstädtischen Verkehrs unabhängig zu machen. Bereits in seiner Antrittsrede bekannte sich Lueger zu einem Wirtschaftsprogramm, das in einzelnen Punkten - Kommunalisierung von Privatbetrieben, Verbesserung der Marktversorgung - einen Umsturz in der Verwaltung versprach, auf anderen Sektoren - so in der Armen und Gesundheitsfürsorge - immerhin neue Ansätze erkennen liess. Lueger löste die Stadt aus dem Vertrag mit einer englischen Gasgesellschaft, liess städtische Gas- und Elektrizitätswerke bauen, verstadlichte die Pferdetrassenbahnen und sorgte für die Elektrifizierung der Linien.

Die Liberalen reagierten äusserst scharf und trachteten die Aufnahme von Anleihen, die Lueger zur Realisierung seines Konzeptes benötigte, durch geschlossenen Boykott inländischer Banken und systematische Untergrabung der Kreditwürdigkeit der Stadt zu unterbinden. Sie hatten damit keinen Erfolg. Damit kommen wir allerdings auch zum Nachteil der Luegerschen Wirtschaftspolitik: zur Art seiner Finanzierung. Da die Einnahmen nicht ausreichten, musste Lueger, obwohl er dies als Oppositioneller angeprangert hatte, ebenfalls Anleihen aufnehmen: 1898 für das Gaswerk, 1900 für die Elektrizitätswerke,

1902 für die Strassenbahn und die II. Hochquellenwasserleitung. Bei dieser wurde sogar eine Goldparität vereinbart, die sich während der Inflation der zwanziger Jahre katastrophal auswirkte und die sozialdemokratische Verwaltung vor schier unlösbare Probleme stellte. Zwischen 1908 und 1918 wurde weitere Anleihen in Höhe von fast einer Milliarde Kronen aufgenommen. Das führte zu einer enormen Belastung des städtischen Budgets. So wurden beispielsweise 1901 nicht weniger als 26 Prozent des gesamten Haushalts für die Tilgung und Verzinsung der Anleihen aufgewendet - das war viermal so viel als etwa für das Gesundheitswesen, wenngleich auf diesem Sektor dennoch besondere Leistungen erbracht werden konnten. In der kommunalen Armenfürsorge kam man über bescheidene Anfänge nicht hinaus, anerkannte aber doch erstmals das Interesse der Gemeinschaft am Schicksal des einzelnen Mitbürgers. Einer Einführung des allgemeinen Wahlrechts widersetzte sich die christlichsoziale Verwaltung auch dann, als 1907 allgemeine Wahlen für den Reicher ausgeschrieben wurden; zweifellos in der richtigen Erkenntnis, dass allgemeine Wahlen die christlichsoziale Mehrheit gebrochen hätten.

Tatsächlich errangen die Sozialdemokraten, als nach dem Ende des Ersten Weltkrieges Männer und Frauen ohne Rücksicht auf Stand und Vermögen das Wahlrecht ausüben durften, 1919 die absolute Mehrheit im Gemeinderat. Gestützt auf ein in den Jahren der Opposition ausgearbeitetes Kommunalprogramm konnten sie nun auf einem wichtigen Gebiet ihre Grundsätze erproben und ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen. Über die rein finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Massnahmen weit hinausreichend haben wir es mit einem gesellschaftspolitischen Experiment zu tun, dem mehr als lokale Bedeutung zukommt.

Der Aufbau eines tragfähigen kommunalen Steuersystems wurde zu einem Eckpfeiler der Verwaltung. Die Sozialdemokraten stellten sich auf den Standpunkt, dass die Finanzpolitik die Voraussetzung für eine tatkräftige Wirtschaftspolitik bilde und zur Erreichung der Vollbeschäftigung, zur Hebung des Lebensstandards und zur Durchführung sozialer Reformen eingesetzt werden müsse. Die wesentlichsten Änderungen waren folgende: Übergang von der indirekten zur direkten Besteuerung, Staffellung der Steuern nach sozialen Gesichtspunkten, Einführung von Steuern auf Luxus jeder Art und auf Wertzuwachs, Schonung aller festen Vermögenswerte der Gemeinde sowie Finanzierung von Investitionen aus dem ordentlichen Budget. Das Steuersystem belastete überwiegend die wohlhabenderen Bevölkerungsschichten und wurde daher stark angegriffen; durch die Notverordnung der Regierung Dollfuß wurde es 1933 systematisch ausgehöhlt, nachdem bereits zuvor durch Wien benachteiligende Abgabenteilungsgesetze die Anteile aus den Bundessteuern konsequent vermindert worden waren.

Die Arbeit der sozialdemokratischen Verwaltung konzentrierte sich im wesentlichen auf zwei Sektoren der Sozialpolitik, von denen einer allerdings starke wirtschaftliche Impulse auslöste. Es handelt sich um den Ausbau des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens sowie um den kommunalen Wohnungsbau. Mit Hilfe einer zweckgebundenen Wohnbausteuer und unter Einsatz beträchtlicher Mittel aus der laufenden Gebarung gelang es, in drei grossen Wohnbauprogrammen über 63 000 Wohnungen und Geschäftslokale zu errichten. Solange grössere zusammenhängende Grundflächen erworben werden konnten - der Grundkauf wurde in grossem Massstab auch deshalb betrieben, weil man damit der Bodenspekulation entgegenwirken wollte -, schuf man jene grossen Wohnblocks, als deren markantestes Beispiel der über einen Kilometer lange "Karl-Marx-Hof" zu bezeichnen ist. In bewusstem Gegensatz zu den Zinskasernen der Gründerzeit und gestützt auf eine völlig neue Bauordnung wurden grundlegende Neuerungen eingeführt. Dazu gehören: die Verbauung eines geringen Prozentsatzes der Grundfläche, die Anlage von grossen Innenhöfen mit gärtnerischer Ausgestaltung, die Unterbringung von Sozialeinrichtungen wie Kindergärten und Beratungsstellen für Mütter, Kranke und Unterstützungsbedürftige, die Versorgung jeder Wohnung mit Wasser und Energie, die Einplanung sanitärer Anlagen im Wohnungsverband, die direkte Belüftung jedes Wohnraumes und die Ausrichtung der Hauptfassaden nach dem günstigsten Sonneneinfallswinkel.

Die zweite revolutionisierende Änderung ergab sich in der Armen- und Gesundheitsfürsorge, wobei der Jugendfürsorge sowie der Bekämpfung der Tuberkulose und der Kindersterblichkeit absoluter Vorrang eingeräumt wurde. Tageskindergärten, Horte, Kinderfreibäder, Volksbäder, Schulfürsorge, Schulzahnkliniken, Mutterberatungsstellen, kostenlose Säuglingswäschepakete sowie Einrichtungen der geschlossenen Fürsorge - seien es Versorgungshäuser oder die vorbildlich gestaltete Kinderübernahmestelle - bilden weitere Glanzpunkte der Verwaltung der zwanziger Jahre. Unter den rein wirtschaftlichen Massnahmen - die neben dem Wohnbau- und Sozialsektor etwas zurücktraten - sind immer-

hin erwähnenswert: die Umwandlung der Versorgungswerke in reine Wirtschaftsbetriebe, die nicht mehr verpflichtet waren, Überschüsse zu erzielen, die der allgemeinen Verwaltung zugutekamen; die Übernahme und Elektrifizierung der Stadtbahn; die Motorisierung des städtischen Fuhrparks; die Modernisierung der städtischen Müllabfuhr durch das System "Colonia" sowie die Intensivierung der städtischen Strassenreinigung.

Als die sozialdemokratische Verwaltung im Februar 1934 ein gewaltsames Ende fand, stand sie trotz Wirtschaftskrise keineswegs am Ende ihrer Möglichkeiten. Jedenfalls wurden auch im Ständestaat die in der Oppositionszeit geforderten Steuerermässigungen keineswegs verwirklicht. Hingegen kam der Wohnhausbau schlagartig zum Stillstand; an seine Stelle traten einige wenige Familienasyle von schlechter Qualität und ein Assanierungsfonds für Privathäuser. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte der Stadt Wien lagen im Bau der Höhenstrasse, im innerstädtischen Strassen- und Brückenbau sowie im Bau von Kirchen. Die Besetzung Österreichs durch das nationalsozialistische Deutschland beraubte dann Wien auch noch seiner Hauptstadtfunktion. Die historischen Grenzen sollten fallen, der Wiener Wirtschaftsraum hätte eine unnatürliche Erweiterung erfahren sollen; nur die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges ersparte es allerdings Wien, vom Nationalsozialismus gepragte städtebauliche Akzente zu erhalten. Nach Kriegsende kam es in Zusammenarbeit mit der österreichischen Widerstandsbewegung zur Wiedereinsetzung der demokratischen Verwaltung unter der Führung der Sozialdemokraten.

Gleichgültig, welches Teilgebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik wir herausgreifen, stehen wir vor einer Entwicklung, die identisch ist mit den Wünschen der jeweils wirkenden sozialen Kräfte. Politik und Wirtschaft sind jedoch unlösbar miteinander verbunden, wirtschaftspolitische Grundsätze prägen das Bild jeder Zeit; dabei ist es von entscheidender Bedeutung, wie die für die Schwerpunkte der kommunalen Tätigkeit erforderlichen Mittel aufgebracht werden und wofür sie Verwendung finden. Die sozialen Kräfte wiederum sind es, die eine Demokratisierung der Verwaltung bewirken. Betrachten wir die Geschichte Wiens in den letzten hundert Jahren, so führte die Entwicklung in konsequenter Folge von dem die Feudal- und Adelherrschaft ablösenden liberalen Grossbürgertum zum christlichsozialen Kleinbürgertum, um schliesslich ihr Ziel in einer durch das allgemeine Wahlrecht ermöglichten, von der gesamten Bevölkerung gelenkten Verwaltung zu finden.

SPIRA György:

Csak egy kérdést szeretnék felvetni, amely engem mint egy a most tárgyaltnál valamivel korábbi, de nem sokkal korábbi időszak, 1848-49 kutatóját már régen foglalkoztat, amelyet azonban megoldanom eddig nem sikerült.

Ránki György előadása során, amely számomra nagyon érdekes és teljesen meggyőző volt, hangsúlyozta, hogy az 1873 utáni Budapest elsődlegesen ipari város, amely további fellendülését is mindenekelőtt iparának köszönheti, s felhívta a figyelmet azokra a jelenségekre is, amelyek ebbeli megállapításainak helyességét kétségtelenné teszik. A probléma mármost az, hogy hasonló jelenségek már az 1848-i, sőt az 1848 előtti Pesten is megfigyelhetők. A kereső népesség legnagyobb foglalkozási csoportja például már ekkor is az iparból élők, sőt az iparból élők viszonylagos súlya ekkor talán még nagyobb is (nem utolsósorban - gondolom - azért, mert a szolgáltató tevékenységet folytatóké viszont ebben az időben még egészen elenyésző). S, igaz, az iparból élők óriási többségét ez idő tájt még a kisipar foglalkoztatja, de már ekkor is léteznek olyan nagyipari létesítmények, mint például a József-hengermalom vagy a Miesbach-féle téglaegető vagy az obudai hajógyár. A kortársak azonban az ekkori Pestet még ennek ellenére is elsődlegesen kereskedővárosként, kereskedelmi központként tartják számon, s ebben - azt hiszem - nem is tévednek (akkor sem, ha a kereskedelmi forgalom lebonyolításában még ez idő tájt is kiemelkedő részük van az országos vásároknak, ha tehát a kereskedelmi tevékenység időbeli állandósága valamelyest még ekkortájt is alattamarad a későbbinek). Hiszen ha példának okáért szemügyre vesszük, kiknek a kezén halmozódnak fel ezekben az években komolyabb vagyonok, találunk ugyan az illetők között nagyiparosokat is, sokkal nagyobb számban találunk azonban köztük